



NZZ am Sonntag
8021 Zürich
044/ 258 11 11
www.nzz.ch/sonntag

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 130'837
Erscheinungsweise: wöchentlich

Themen-Nr.: 645.7
Abo-Nr.: 1073485
Seite: 11
Fläche: 41'748 mm²

Swiss will EU einklagen

Schweizer Airline wehrt sich gegen von Brüssel aufgezwungene Klimaabgabe



MARTIN RÜTSCHI / KEYSTONE

Ein Jet der Swiss im Anflug auf den Flughafen Zürich. Die EU verlangt, dass die Swiss für Flüge in die EU CO₂-Zertifikate kauft.

Daniel Friedli

Gegen den Willen des Bundes unterstellt die EU die Schweizer Luftfahrt einer CO₂-Gebühr. Nun prüft die Airline Swiss rechtliche Schritte.

Die EU dehnt ihre Hoheit im Bereich der Luftfahrt auf die Schweiz aus. Gegen den erklärten Willen des Bundesrats hat das Europäische Parlament diese Woche entschieden, dass sich auch die Schweizer Luftfahrt dem europäischen Emissionshandel unterwerfen muss. Der Protest von Verkehrsministerin Doris Leuthard blieb folgenlos; auf die Schweizer Airlines kommen zusätzliche Kosten in der Höhe von über zehn Millionen Franken pro Jahr zu. Hintergrund des Streits ist das euro-

päische Handelssystem zur Senkung des CO₂-Ausstosses (ETS), dem seit 2012 auch die Luftfahrt unterliegt: Fliegt eine Airline innerhalb der EU von einer Stadt in die andere, muss sie für die anfallenden Emissionen Verschmutzungsrechte erwerben. Eigentlich will die EU dieses System weltweit durchsetzen, also auch für Flüge aus den USA, Russland oder China. Weil viele dieser Drittstaaten aber auf die Barrikaden gingen, gewährte ihnen Brüssel vorderhand eine Ausnahme – allen, ausser der Schweiz.

Aviatikbranche empört

In einem Brief an Bundesrätin Leuthard schrieb die zuständige EU-Kommissarin Connie Hedegaard unlängst, die Schweiz könne aufgrund ihrer zen-

tralen Lage in Europa und ihrer Rolle im Binnenmarkt nicht ausgenommen werden. Sie könnte sich sonst einen Wettbewerbsvorteil verschaffen. Zudem verhandle man ja derzeit ohnehin über eine Beteiligung der Schweiz am ETS. In der Schweiz stösst diese Haltung auf harsche Kritik. «Die EU arrondiert gewissermassen ihr Hoheitsgebiet und schliesst den Drittstaat Schweiz einfach mit ein», ärgert sich Paul Kurrus, Präsident des Luftfahrtverbandes Aerosuisse. Das sei unhaltbar. SVP-Nationalrat Thomas Hurter kritisiert das Vorgehen der EU als imperialistisch. Er moniert aber auch, die Schweiz lasse sich einmal mehr vorführen. Leuthard hätte gegenüber der EU dezidierter auftreten und im Gegenzug eine Beteiligung an der



NZZ am Sonntag
8021 Zürich
044/ 258 11 11
www.nzz.ch/sonntag

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 130'837
Erscheinungsweise: wöchentlich

Themen-Nr.: 645.7
Abo-Nr.: 1073485
Seite: 11
Fläche: 41'748 mm²

zweiten Gotthardröhre oder einen zusätzlichen Beitrag zur Vollendung der Neat-Zubringer ins Spiel bringen müssen. «Der Bundesrat hat sich zu leicht über den Tisch ziehen lassen», sagt Hurter. «Das verheisst für künftige Verhandlungen nichts Gutes.»

Leuthard sucht das Gespräch

Leuthards Verkehrsdepartement weist diese Kritik zurück. «Sowohl die Vertreter der Mission in Brüssel als auch das Uvek und die zuständigen Fachämter haben bei der EU mehrfach interveniert und unmissverständlich zum Ausdruck gebracht, dass die Schweiz nicht in den EU-Emissionshandel einbezogen werden kann», schreibt es in einer Stellungnahme. Und es gibt die Auseinandersetzung noch nicht verloren. Mit Klimaschutz-Kommissarin Hedegaard sei vereinbart, dass man weitere Gespräche führen werde, um doch noch eine gangbare Lösung zu finden.

Nicht so lange warten will die Hauptbetroffene, die Airline Swiss. «Wir werden die Zertifikate nur unter Protest einreichen und prüfen rechtliche Schritte gegen die EU», sagt Sprecherin Susanne Mühlemann. Der Entscheid der EU erfolge unilateral, ohne Rechtsgrundlage und diskriminiere die Schweiz. Allein für die Swiss verteuert der Kauf der Zertifikate die Treibstoffkosten um 7 bis 10 Millionen Franken im Jahr, was sich auch auf die Preise auswirken könnte. «Inwieweit unsere Passagiere betroffen sein werden, hängt von der weiteren Entwicklung der Zertifikatspreise ab», heisst es.